

Text von Prof. Dr. Maik Schneider und Lukas Starchl freigegeben für den Artikel zum Voranschlag 2025 des Grazer Stadtbudgets in der Kleinen Zeitung vom 13.12.2024

Printversion:

Es wurde eine kleine Diplomarbeit für Maik Schneider und Lukas Starchl. Auf unsere Bitte hin ackerten sich Schneider als Leiter des Uni-Instituts für Finanzwissenschaft und Starchl als Doktorand durch den „Budgetvoranschlag 2025“ der Stadt Graz. Dieser wurde mit dem Voranschlag 2026 beschlossen – trotz harscher Kritik (siehe rechts). Also wollten wir von neutraler Seite wissen: Wie schätzen Sie diese Pläne ein? Schneider und Starchl ziehen ein gemischtes Fazit. Eher problematisch sei, dass „die Stadt mittelfristig beim operativen Ergebnis im negativen Bereich bleiben wird. Das ist kaum mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar und wird den Schuldenstand erhöhen“. Beide können also die Sorge über die Liquidität der Stadt nachvollziehen. Und auch wenn laut Starchl die „inflationbereinigte Pro-Kopf-Verschuldung seit 2010 relativ stabil“ sei, bestehe Handlungsbedarf: Nachhaltige Finanzpläne sollten „die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt und die Transformation in Wirtschaft wie Gesellschaft“ im Blick haben. Zugleich müsse Politik die Kosten-Nutzen-Rechnung breiter fassen. „Bildung etwa ist eine Investition in die Zukunft. Andernfalls könnten Sozialausgaben steigen.“ Doch die Frage, ob Graz für jene Pflichten genug Geld erhält, welche Land und Bund übertragen, sei zu stellen. Komplex? Ja. Dennoch möge sich jeder mit dem Budget „seiner“ Stadt befassen, so Schneider. „Die Polarisierung in der Gesellschaft steigt. Kehren wir doch zu den Fakten zurück! Die Meinungen können auseinandergehen, aber eben auf Basis von Fakten.“

Onlinetext:

Es war eine kleine Diplomarbeit, die Maik Schneider und Lukas Starchl auf sich genommen haben. Auf eine Bitte der Kleinen Zeitung hin ackerten sich Schneider als Leiter des Uni-Instituts für Finanzwissenschaft und Starchl als Doktorand durch den „Budgetvoranschlag 2025“ der Stadt Graz. Dieser wurde am Donnerstag gemeinsam mit dem Voranschlag 2026 beschlossen – trotz harscher Kritik daran (siehe rechts). Also wollten wir von neutraler Seite wissen: Wie schätzen Sie diese Pläne ein? Maik Schneider und Lukas Starchl ziehen ein gemischtes Fazit. Tendenziell problematisch ist, dass „die Stadt mittelfristig beim operativen Ergebnis im negativen Bereich verharren wird“, so Schneider. Dies ist kaum mit einer nachhaltigen Finanzentwicklung vereinbar und wird den Schuldenstand deutlich erhöhen. Beide können deshalb die Sorge über die Liquidität der Stadt nachvollziehen. Allerdings bleibt aufgrund der Inflation und des Bevölkerungswachstums der Stadt die „inflationbereinigte Pro-Kopf-Verschuldung seit 2010 relativ stabil“ weiß Starchl. Dies zeigt, dass die Inflation einerseits die bestehende Schuldenlast (in realen Kaufkrafteinheiten) mindert, allerdings die operative Leistungserstellung wie bspw. Verwaltung, öffentlicher Verkehr oder Müllentsorgung verteuert. Dies und die konjunkturelle wirtschaftliche Situation erhöhen zusätzlich den Handlungsbedarf, um die mittelfristige Finanzplanung nachhaltiger zu gestalten. Dies sollte immer mit Blick auf die Sicherung der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Graz unter Berücksichtigung der anstehenden Transformation in Wirtschaft und Gesellschaft

geschehen. Zugleich aber verstehen sie die Argumentation, dass In der Politik eine Kosten-Nutzen-Rechnung breiter als bspw. in einem Unternehmen gefasst werden muss. „Bildung etwa ist eine Investition in die Zukunft. Andernfalls könnten die Ausgaben andernorts etwa im Sozialbereich steigen.“ Schneider und Starchl hätten noch zwei Anmerkungen parat – wobei sie mit jener, die an die Stadt gerichtet ist, vermutlich offene Rathaustüren einrennen: „Graz muss als Kommune viele Verpflichtungen seitens Land und Bund wahrnehmen, zugleich erhält sie dafür auch Gelder. Die Frage ist, ob diese Gelder ausreichen.“ Uns allen wiederum empfiehlt Schneider, sich trotz der Komplexität mit einem Budget der Stadt, in der man lebt, zu beschäftigen. „Die Polarisierung in der Gesellschaft steigt. Also ist es wichtig, zu den Fakten zurückzukehren. In der Folge können die Meinungen immer noch auseinandergehen, aber eben auf Basis von Fakten.“